

Der AKU fragt nach beim Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

Wir möchten unseren Wählern kompetent Auskunft geben und haben dazu einen Fragenkatalog im AKU-Vorstand erarbeitet.

Lesen Sie hier die detaillierten Antworten des Staatsministers Dr. Marcel Huber, für die wir uns herzlich bedanken möchten!

⇒ Am Ende des Antwortschreibens finden Sie die Fragen des AKU.

Der Bayerisches Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Anja Renata Walz
1. Vorsitzende AKU
CSU-Kreisverband Ebersberg
Bahnhofstraße 53
85567 Grafing

Dr. Marcel Huber, MdL

München, 24.05.2018
PS-Ao100-201 8†115-3

Ihr Schreiben vom 16. April 2018

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die freundlichen Glückwünsche. Es freut mich sehr, wie intensiv der Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung im Kreisverband Ebersberg sich mit den wichtigsten Fragen und Aufgaben der Umweltpolitik auseinandersetzt. Viele der in Ihrem Schreiben dargelegten Positionen und Forderungen halte ich für unterstützenswert oder zumindest diskussionswürdig.

Bitte haben Sie Verständnis, dass ich an dieser Stelle nicht zu jedem einzelnen Punkt ausführlich Stellung beziehen kann. Viele der Themen werden derzeit intensiv in Politik und Gesellschaft diskutiert. Ich kann Ihnen versichern, dass mein Haus sich kraftvoll in die Diskussion einbringt, wichtige Weichenstellungen vornimmt und auch schon wesentliche Erfolge erzielt hat.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Klima und Energiewende

In Bayern handeln wir beim Klimaschutz seit langem konsequent und erfolgreich. Unserer Wirtschaft geht es gut, Isar I und Gundremmingen B sind vom Netz – und trotzdem liegt unser energiebedingter CO₂-Ausstoß ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Die Bundesregierung hat sich im Zusammenhang mit dem Pariser Abkommen ehrgeizige Ziele gesetzt, die wir in Bayern mit Nachdruck unterstützen. Bis 2050 wollen wir die Treibhausgase im Freistaat auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr senken; bis 2030 sollen die Emissionen auf unter fünf Tonnen sinken. Dazu haben wir Maßnahmen in den Bereichen Emissionsminderung, Anpassung und Forschung bzw. Entwicklung aufgelegt, die wir in unserem „Klimaschutzprogramm Bayern 2050“ bündeln und für die wir alleine im laufenden Doppelhaushalt 190 Millionen Euro veranschlagen. Ein Schwerpunkt für einen effektiven Klimaschutz ist bei alledem natürlich nach wie vor die energetische Gebäudesanierung. Wir setzen uns hier von Bayern aus für steuerliche Anreize ein und gehen gleichzeitig mit unserem Programm zur energetischen Sanierung staatlicher Liegenschaften mit gutem Beispiel voran.

Besonders in Sachen Anpassung waren und sind wir mit unserer Klimaanpassungsstrategie Vorreiter in Deutschland und Europa - einer Strategie, die die Klimafolgen für die Menschen durch gezielte, wirkungsvolle Maßnahmen auf 15 verschiedenen Handlungsfeldern abzumildern versucht und die wir erst 2016 an den aktuellen Wissensstand angepasst haben.

Wir bereiten das Wasserland Bayern konsequent auf den Klimawandel vor. Das heißt vor allem: zukunftsweisender Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten und Bewahrung eines nachhaltigen und leistungsfähigen Landschaftswasserhaushaltes in Zeiten von Dürren und Trockenheit. Unsere Schwerpunkte sind:

- Wir reaktivieren den natürlichen Rückhalt an unseren Gewässern durch Gewässerrenaturierungen und Deichrückverlegungen, sorgen damit gleichzeitig für eine naturnähere Entwicklung der Gewässer und schaffen Erholungs- und Erlebnisräume für die Menschen.

- Wir erhalten konsequent die Sicherheitsinfrastruktur mit Dämmen, Deichen und Rückhalt sowie besondere Hochwasserschutzstrukturen wie Talsperren, Flutpolder und Wildbachbauwerke und bauen diese wo erforderlich aus.

- Wir schnüren ein Aktionspaket Grundwasserschutz in der Fläche, mit dem wir unsere Grundwasservorkommen durch ein ganzheitliches Niedrigwassermanagement nachhaltig und umweltverträglich bewirtschaften und die Wasserqualität garantieren. Zudem wollen wir in engem Dialog mit der Landwirtschaft ein zukunftsweisendes Nährstoffmanagement unter Einbeziehung der Aufbereitung von Gülle und Gärresten entwickeln, um unser Grundwasser als Lebensgrundlage zu schützen und unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen.

Verbrauchersicherheit

Saubere und ausreichende Grundwasserressourcen sind in Bayern essentiell für die Trinkwasserversorgung, Wirtschaft, Landwirtschaft und das gesamte Ökosystem. Um die Wasserqualität flächendeckend zu garantieren, setzen wir auf eine ausgewogene Kombination rechtlicher und freiwilliger Maß-

nahmen. Mit der Novelle des Pflanzenschutzrechts 2012 und des Düngerechts 2017 wurden wesentliche Verbesserungen für den Gewässerschutz bei der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft erreicht.

Hinzu kommt eine Landesverordnung, die in belasteten Gebieten zusätzliche Maßnahmen für eine gewässerverträglichere Düngung vorgeben wird. Besonderer Wert wird auch auf freiwillige Maßnahmen der Landwirte zur Einschränkung des Dünger und Pflanzenschutzmitteleinsatzes gelegt. Neben den bekannten Agrarumweltmaßnahmen - in Bayern im Kulturlandschaftsprogramm - gibt es viele weitere vorbildliche Projekte und Kampagnen, die den Handlungsbedarf für gewässerschonende Wirtschaftsweisen näher untersuchen und vorbildliche konkrete Maßnahmen umsetzen.

Die Wirksamkeit von Antibiotika für die Behandlung von Krankheiten beim Menschen muss erhalten werden. Deshalb dürfen bestimmte, besonders schützenswerte Antibiotika (sog. Reserveantibiotika) bei Tieren nur unter restriktiven Bedingungen eingesetzt werden. Kranke Tiere müssen aber aus Tierchutzgründen behandelt werden. Ein vorbeugender Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung ist abzulehnen und gesetzlich verboten.

In Bezug auf Rückstände von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in oder auf Lebensmitteln gelten strenge Rückstands-Höchstmengen, um die Verbraucher vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Produkte, die die Grenzwerte überschreiten, dürfen nicht in Verkehr gebracht werden. Eine Kennzeichnung von Produkten, die Rückstände enthalten, die über den Grenzwerten liegen, erübrigt sich bereits aufgrund des dann geltenden Verkehrsverbots. Dasselbe gilt für andere gesundheitsgefährdende Stoffe in oder auf Lebensmitteln und anderen Produkten wie Bekleidung, Kinderspielzeug usw. Bestehende Grenzwerte werden regelmäßig auf nationaler und europäischer Ebene überprüft und bei neuen Erkenntnissen angepasst.

Bayern lehnt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab. Er ist mit den empfindlichen Naturräumen und kleinteiligen Agrarstrukturen in Bayern nicht vereinbar. Die Staatsregierung hat sich in der Vergangenheit sehr erfolgreich für ein gentechnikanbaufreies Bayern eingesetzt. Lebensmittel und Futtermittel, die gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten, aus solchen bestehen oder hergestellt wurden, sind in der Europäischen Union kennzeichnungspflichtig.

Natur und Umwelt

Die aktuellen Berichte über den auffälligen Rückgang der Insekten in anderen Teilen Deutschlands haben auch wir in Bayern mit großer Sorge aufgenommen. Denn davon sind nicht nur einzelne Arten betroffen, sondern die Masse der Insekten insgesamt. Die Bayerische Staatsregierung befasst sich bereits intensiv mit dieser Thematik. Wir werden zum einen die Wissensbasis über die Verbreitung und Gefährdung der Insekten in Bayern sowie die Forschung nach den Ursachen für ihren Rückgang deutlich ausbauen. Das in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Söder angekündigte Bayerische Artenschutzzentrum wird sich intensiv auch hiermit befassen. Selbstverständlich werden wir zum anderen auch unser Maßnahmenpaket erweitern, um dem Insektenrückgang gezielt entgegen wirken zu können. Leitlinie ist hierbei weiterhin das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030, das die Staatsregierung 2014 zur verstärkten Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie beschlossen hat. Ergänzend dazu hat die Staatsregierung bereits

konkrete Initiativen eingeleitet, wie zum Beispiel den wesentlichen Ausbau des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramms mit zusätzlichen 10 Millionen Euro. Im Rahmen der Umsetzung der neuen Agrarpolitik ab voraussichtlich 2021 werden wir verstärkt auf die Berücksichtigung des Artenschutzes achten und den kooperativen Naturschutz mit Landwirten und Waldbesitzern wesentlich ausbauen. Gemeinsam mit den Landschaftspflegeverbänden werden wir in einem bayernweiten Projekt neue Lebensräume für Insekten schaffen sowie im Rahmen einer Sonderförderung die Neuanlage von für Insekten wesentlichen Strukturelementen wie Streuobstwiesen und Hecken zusätzlich fördern. Auch Blühflächen auf Ackern, an Straßen, Wegrainen, Böschungen und auf anderen kommunalen Flächen gehören zu den Sofortmaßnahmen.

Ein umfassender Bericht an den Landtag mit Informationen zum Rückgang der Insekten- und Vögel- in Bayern wird demnächst veröffentlicht werden.

Das Wasserland Bayern wird mit renaturierten Gewässern lebenswerter für Mensch und Natur. Mit durchgängigen und ökologisch vernetzten Entwicklungsachsen werden naturnahe Lebensräume der Artenvielfalt, Erholung, Freizeitgestaltung und Begegnung geschaffen.

Das Umweltziel eines guten ökologischen Zustands im Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie trägt dazu bei, die Gewässer als Rückgrat eines attraktiven Landschaftsbildes für Menschen, Flora und Fauna wiederherzustellen und damit letztlich die Naturschönheit Bayerns zu erhalten sowie darüber hinaus langfristig die Grundlagen für den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor zu sichern. Kommunen werden aktiv von den Wasserwirtschaftsämtern bei anstehenden Aufgaben zur Renaturierung ihrer Gewässer unterstützt.

Bayerns Strategie bei Spurenstoffen lautet „Identifizieren, Bewerten, Minimieren“. Ziel ist der Schutz der Gewässer als Trinkwasserressource und Lebensraum durch Minimieren des Eintrags von Spurenstoffen. Dazu ist es erforderlich, diejenigen Stoffe zu identifizieren, zu bewerten und zu minimieren, die im Gewässer in hohen Konzentrationen vorkommen und/oder unerwünschte Wirkungen erzielen. Bayern unterstützt den Bund bei der Erarbeitung einer bundesweiten Strategie. Einerseits soll soweit wie möglich verhindert werden, dass unerwünschte Stoffe über das Abwasser überhaupt in die Gewässer eingetragen werden. Dort, wo sich das nicht vermeiden lässt, muss nach geeigneten technischen Lösungen gesucht werden, um die Stoffe aus dem Abwasser zu entfernen. Hierzu haben wir ein sehr erfolgversprechendes Pilotvorhaben auf der Kläranlage in Weißenburg gestartet, bei dem eine hocheffiziente Technologie eingesetzt und wissenschaftlich begleitet wird.

Landesentwicklung

Der Flächenverbrauch ist eine der größten Herausforderungen für Umweltschutz, Landwirtschaft, Städtebau und Raumordnung. Die Bayerische Staatsregierung hat sich schon sehr früh zum Ziel gesetzt, die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen deutlich zu reduzieren und deshalb in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft festgelegt.

Vor allem die Erfassung und verstärkte Nutzung vorhandener Entwicklungspotenziale, ein aktives Brachflächenrecycling und eine maßvolle Nachverdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und bereits erschlossenen

Baugebieten sind wesentliche Elemente einer nachhaltigen Kommunalentwicklung. Diese dienen nicht nur dem Schutz der Böden, sie verbessern vor allem auch die Nutzung der bestehenden Infrastrukturen und vermindern dadurch Kosten für Bürger und Kommunen. Flächensparen ist ein Muss für unsere Städte und Gemeinden und hilft mit, die zukünftigen Herausforderungen zu gestalten.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen dienlich zu sein und verbleibe mit herzlichem Dank für Ihr großes Engagement und mit freundlichen Grüßen



Dr. Marcel Huber, MdL
Staatsminister

↓ Unten lesen Sie den Brief mit den Fragen des AKU an den Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber.

Herrn
Staatsminister Dr. Marcel Huber
Bayerisches Staatsministerium
für Umwelt und Verbraucherschutz
Rosenkavalierplatz 2

81925 München

Grafring, 16. April 2018

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Huber,

herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Ernennung zum bayerischen Staatsminister. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand, die Umweltpolitik Bayerns mutig und zukunftsorientiert zu lenken.

Zuerst möchten wir die neue Entscheidung zum Riedberger Horn ausdrücklich begrüßen. Ebenso die Vertagung für eine dritte Startbahn und der beschleunigte Ausstieg aus dem Ackergift Glyphosat sind aus unserer Sicht begrüßenswert und unverzichtbar.

Wir sehen uns als „Lobbyisten“ für die Natur und Umwelt und werden die oben genannten Punkte im Sinne des AKU weiterhin vertreten.

Vor der anstehenden Landtagswahl müssen auch die nachfolgenden Punkte glaubwürdig in einem Wahlprogramm fixiert und stärker in öffentlichen Diskussionen zum Ausdruck gebracht werden, wenn wir die von der Umweltpolitik verunsicherten Wähler zurück gewinnen und neue Wähler dazugewinnen wollen. Ein Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie kann nicht nur von kurzfristigen und gewinnorientierten Wirtschaftsinteressen bestimmt sein.

Im neuen Koalitionsvertrag der CSU/CDU ist eine Vielzahl von Punkten genannt, die übernommen und sogar noch intensiviert werden können. Gestatten Sie uns, hier noch einige Punkte zu nennen, die uns besonders wichtig sind.

1. Klima- und Energiewende

Es ist hinreichend bekannt, dass der klimaschädliche CO₂- Ausstoß mittlerweile bei 405 ppm liegt, so hoch wie seit 3 Millionen Jahren nicht mehr. Der Klimawandel und damit verbundene Meeresspiegelanstieg wird schon in wenigen Jahrzehnten massive Kosten und Migrationswellen verursachen, die unsere Volkswirtschaften bedrohen.

Was ist konkret geplant in puncto Einhaltung der Klima- und Energiewendeziele zu unternehmen und bis wann sollen die einzelnen Maßnahmen umgesetzt werden?

In diesem Zusammenhang erscheint uns insbesondere die Speicherung von Erneuerbaren Energien und deren Umwandlung in andere Energieträger, wie zum Beispiel Power- to- Gas etc. als besonders vordringlich und müssten zügig weiterentwickelt werden.

Staatliche Förderung für fossile Energieträger sollten Zug um Zug abgeschafft werden. Stattdessen müssen diese Fördergelder der Entwicklung für alternative und fossilfreie Energien und der dafür notwendigen Forschung zu gutekommen.

Ist die 10 H Regelung in der jetzigen Fassung für ganz Bayern sinnvoll und zielführend? Speicherseen als Reservepuffer für die Stromerzeugung müssen erneut in den Fokus rücken.

2. Verbrauchersicherheit

Gifffreie und unbelastete Lebensmittel sind den Bürgern ausgesprochen wichtig, das heißt Abkehr von der extensiven Landwirtschaft hin zu einer ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide (z.B. Glyphosat, Neonikotinoide, Ethoxyquin), Antibiotika und gentechnikbelasteter Futtermittel.

Die Auswirkung von Pestiziden wird zwar auf eine Verträglichkeit für den Menschen hin überprüft, aber die Auswirkungen auf die gesamte Biodiversität sind in diesem Zusammenhang genauso wichtig.

Ein vorbeugender Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung ist im Hinblick auf die Gesundheit von Mensch und Tier nicht mehr vertretbar. Es kann nicht sein, dass wir auf Grund der bisherigen Praktiken die lebensrettende Wirkung von Antibiotika aufs Spiel setzen.

Eine Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten und deren Einsatz in unseren Lebensmitteln muss unterbunden werden, ebenso Patente auf Pflanzen und Tiere, so wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Wir erwarten in Zukunft u.a. Gifffreiheit bei Bekleidung, bei Einrichtungsinventar, Kinderspielzeug, der Ausstattung von Transportmitteln und bei Baumaterialien. Gifffreies Wohnen muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Eine Kennzeichnung aller oben genannten Produkte, welche Pestizide, giftige Substanzen und dergleichen mehr enthalten, die über den zulässigen Grenzwerten liegen, müssten in Zukunft für den Verbraucher entsprechend gut sichtbar gekennzeichnet und mit entsprechenden Warnhinweisen versehen sein. Hier sind die Zigarettverpackungen ein gutes Beispiel dafür.

Es kann nicht sein, dass nur diejenigen, die es sich finanziell leisten können, gesünder leben. Diesen Anspruch erheben wir für alle Menschen in unserem Land. Der Verbraucherschutz muss verbessert und die betreffenden Behörden personell so effektiv ausgestattet werden, dass eine engmaschige Kontrolle möglich ist.

Auch beim Verpackungs- und Plastikwahn muss gegengesteuert werden. Es ist wirklich absolut unnötig, Lebensmittel, wie zum Beispiel Eier oder Bananen erst zu schälen und anschließend in Plastik verpackt, anzubieten. Bio-Gurken in Plastikfolie sind ein weiteres Beispiel, eine Papierbänderole zu Kennzeichnung ist vollkommen ausreichend. Plastiktüten zum Abwiegen in den Supermärkten sind ein weiteres Ärgernis, hier sind sinnvolle Alternativen gefragt.

3. Natur und Umwelt

Das bedrohliche Insektensterben, -und aller nachfolgenden davon betroffenen Lebewesen und Pflanzen und der damit verbundene Verlust der Biodiversität, kann nicht länger hingenommen werden.

Der fortschreitenden Intensivierung in der Landwirtschaft muss mit intelligenter Subventionspolitik entgegengewirkt werden – nicht „Masse“ sondern „Klasse“ - muss das Ziel sein.

Der Eingriff in den natürlichen Verlauf von Flüssen und Seen muss in Zukunft gestoppt werden, ebenso unser Eintrag von Giften, medikamentösen Rückständen, Mikroplastik und übermäßiger Gülle in unsere Gewässer der Vergangenheit angehören.

4. Landesentwicklung

Der sorgfältige Umgang mit den uns noch zur Verfügung stehenden, nicht bebauten Flächen ist ein entscheidendes Zukunftsthema. Der intakte Naturraum ist für alle Bürger von großer Bedeutung und muss bewahrt werden.

AKU KREISVERBAND EBERSBERG

Kurzfristige wirtschaftliche Interessen am Umbau unserer schützenswerten Landschaft dürfen dem Lebensraum von Fauna und Flora nicht untergeordnet werden. Der Alpenplan muss wieder in seine ursprüngliche Fassung zurückgeführt werden.

Wir freuen uns auf Ihre Stellungnahme, weil wir den Bürgern hier vor Ort verlässliche und konkrete Antworten geben möchten. Damit können wir vom AKU einen Teil zu einer erfolgreichen Landtagswahl 2018 beitragen.

Nicht zuletzt geht es hier auch um die Lebensgrundlagen unserer Kinder und aller zukünftigen Generationen, lokal und global gesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Anja Walz und Team
AKU-Vorsitzende
CSU-Kreisverband Ebersberg

gez.:

Anja Renata Walz, AKU-Kreisvorsitzende, Stadträtin 2002 - 2012, Bankkauffrau, Flight- Operations-Managerin, Bildautorin

Josef Carpus, Selbstständiger Fernsehtechnikermeister, Stadtrat seit 1996, CSU-Ortsvorsitzender 2012 - 2017

Jan-Patrick Fischer, ASP-Kreisvorsitzender, Dipl.- Ing. (FH) Chemie

Peter Murr, Ortsvorsitzender der Senioren Union Ebersberg

Uta Lindner, Fremdsprachenkorrespondentin

Volker Walz, Flugkapitän und Fluglehrer i. R.

Johann Schwaiger, Kreishandwerksmeister und CSU-Kreisrat seit 2002

Angela Drexler, Sozialpädagogin M.A

Ulrike Koller, ausgezeichnet für das Ehrenamt und Fürsprecherin für Bewohner im Seniorenhaus Grafing

Heidi Höfer, Heilerziehungspflegerin, Krankenschwester

Walter Unkelbach, Landwirtschaftsmeister und Beirat der MVS Milchvermarktung - GmbH